

Dankrede

Osnabrück, 27. September 2012

Frieden ist mehr als ein Wunschtraum. Der Mensch benötigt ihn als Grundlage und Garanten seines Lebens. Wo die Waffen sprechen, ist menschliche Existenz bedroht und kann von einer Sekunde zur anderen ebenso jäh wie sinnlos enden. Unerbittlich schafft sich der Krieg seine grausamen Mahnmale in zerstörten Städten mit Hausruinen und Trümmern ausgebrannter Fahrzeuge. Verluste an Menschenleben lassen sich nie wieder gutmachen, seelische Verletzungen heilen nur zögerlich, erschütterte Sozialstrukturen wachsen nicht von heute auf morgen wieder nach, und auch die materiellen Schadensfolgen lassen sich in der Regel nur langfristig über Jahre und Jahrzehnte beheben. Noch heute schwebt über Deutschland der Schatten jenes Regimes, das über zwölf Jahre lang ganz Europa mit Terror und Gewalt überzog. So ist es kein Wunder, dass Frieden jedenfalls heute in Europa als eines der obersten Ziele jeder Politik angesehen wird. Kein Kriegsgeschrei ist zu hören. Zeiten, in denen der bewaffnete Kampf als die schönste Bewährungsstunde einer Nation verstanden wurde, sind endgültig vorbei. Dass es geboten sein könne, zur Erreichung hegemonialer Eroberungsziele Millionen von Menschen auf die Schlachtfelder zu schicken, erscheint uns heute als eine geradezu unverständliche Perversion des Denkens. Dass anderswo der Dschihad als bewaffneter Kampf gefeiert wird, ist uns unbegreiflich.

All das sind im Grunde banale Selbstverständlichkeiten. Die Schrecken des Krieges, die Wohltaten des Friedens sind in unserem kollektiven Gedächtnis präsent und haben auch die Weltgemeinschaft im Jahre

1945 nach der bisher größten Menschheitskatastrophe bewogen, in der Charta der Vereinten Nationen den Weltfrieden als das Fundament aller künftigen Politik auszurufen. In der Präambel der Charta heißt es emphatisch:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat.“

Frieden, so wurde sogleich hinzugefügt, muss gerecht sein, er muss auf der Achtung vor Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit beruhen. Bewusst war man sich gleichzeitig, dass es bei solchen Proklamationen nicht bleiben kann. Frieden ist kein Zustand, der, einmal errungen, auf Dauer fortbesteht. Es wäre ein großer Fehler, ihn als ein Ruhekitzel zu verstehen, von dem man sich ungefährdet in die Zukunft tragen lassen kann. Er verlangt aktive Anstrengungen, ja man darf keinen Moment innehalten in dem Versuch, Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen. Vor allem bedarf es eines institutionalisierten Gefüges, das den Friedensbemühungen Verfahren und Handlungsmöglichkeiten an die Hand gibt. Zu Recht wird insoweit immer wieder die bahnbrechende Abhandlung *Immanuel Kants* aus dem Jahre 1795 unter dem Titel „Zum ewigen Frieden“ in Erinnerung gerufen, wo Voraussetzungen eines Friedenszustandes in der Welt skizziert werden, die im Grundsätzlichen auch nach über zweihundert Jahren nichts von ihrer Frische verloren haben.

Genau diese Einsicht stand Pate, als es nach dem Ende des II. Weltkrieges darum ging, der Weltgemeinschaft zumindest eine Rumpfverfassung zu geben. Zentrale Norm dieses Systems der Friedenssicherung ist das Gewaltverbot des Art. 2 Abs. 4 der Charta, dessen Gewährleistung

vor allem dem Sicherheitsrat obliegt. Nach wie vor steht diese Norm in Geltung, obwohl ihr immer wieder der Tod attestiert worden ist. In der Tat hat Erfahrung gelehrt, dass das Gewaltverbot nur begrenzte Wirkungen erzielen kann. Es ist kein Allheilmittel gegen Krieg und Gewalt, Unrecht und Willkür. Zu diesem unbefriedigenden Befund tragen vielfache Ursachen bei. Bekannt ist selbst dem Laien, dass Entscheidungen des Sicherheitsrats durch ein Veto blockiert werden können, und selbst wenn dort Einigkeit herrscht, ist damit doch nicht garantiert, dass eine Entscheidung in der Wirklichkeit auch umgesetzt werden kann. Denn wenn im äußersten Falle Diplomatie und Vermittlung nicht mehr ausreichen und militärische Mittel als *ultima ratio* eingesetzt werden sollen, muss es immer jemand geben, der die Lasten übernimmt. Selbst dann bleibt die Hauptsache im Ungewissen: lässt sich mit gewaltsamen Mitteln ein Zustand des Friedens herstellen?

Es geht ja niemals allein um die Beziehungen zwischen Staaten als abstrakten Einheiten. Ebenso wie über Kriege von Menschen entschieden wird, wie der Nürnberger Militärgerichtshof zu Recht gesagt hat, wird auch Frieden von Menschen gemacht. Indirekt hat auch Kant diese Einsicht ausgesprochen, indem er in seinem Traktat an erster Stelle die Forderung aufgestellt hat, dass „die bürgerliche Verfassung in jedem Staat ... republikanisch sein“ soll. Der Bürger, so seine Schlussfolgerung, müsse einen entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Politik haben, denn er sei es, der jeweils die schädlichen Folgen eines Kriegsgangs zu tragen habe und daher seine Entscheidungen mit größerer Bedachtsamkeit treffen werde als jeder Monarch.

Dieses Modell einer freien demokratischen Gesellschaft darf man im Sinne der angelsächsischen Terminologie gewiss als einen wichtigen

„check“ gegen Kriegsgefahren ansehen. Aber Gesellschaften als Kollektiv sind nicht unfehlbar. Sie können Opfer von Indoktrination und Selbstüberschätzung werden, wie sich dies in der Geschichte immer wieder gezeigt hat. Dem nationalsozialistischen Dritten Reich war es gelungen, durch seine Propaganda weite Teile des deutschen Volkes von der Richtigkeit seiner aggressiven Politik zu überzeugen, ohne dass es freilich den ganzen Umfang seiner verbrecherischen Pläne offenbart hätte. Heute sind es leider vielfach religiöse Anführer, die vom Altar göttlicher Unfehlbarkeit aus Hass und Gewaltanwendung predigen. Gerade unter solchen Umständen fällt eine wichtige Rolle denjenigen zu, die als Mahner auftreten, bewusst den Mainstream des nationalen Denkens verlassen und versuchen, besserer Einsicht den Weg zu ebnen. Leider lässt sich Gegnerschaft leichter in eine Gesellschaft implantieren als ein Geist der Toleranz.

Ludwig Quidde war über Jahrzehnte hinweg in einer solchen Position des isolierten Außenseiters. Seitdem er seine wissenschaftliche Karriere im Jahre 1894 wegen der Veröffentlichung einer satirisch-kritischen Schrift über Kaiser Wilhelm II. hatte aufgeben müssen, engagierte er sich in der deutschen Friedensbewegung. Rastlos trat er für die pazifistischen Ideale der Deutschen Friedens-Gesellschaft ein, zu deren Vorsitzenden er im Mai 1914 gewählt wurde. Es waren nur wenige weitsichtige Persönlichkeiten, die in der nationalen Erregung seit dem Kriegsausbruch des August 1914 an dem Ideal der Friedlichkeit festhielten und bereit waren, auch in der Öffentlichkeit für ihre Überzeugungen einzutreten. Gegen den Zeitstrom stellte sich Quidde, als er sich während des Krieges in zwei Denkschriften gegen die nach wie vor bestehenden annexionistischen Pläne der politischen Führung aussprach. Nicht zuletzt seinen Bemühungen war es wohl zuzuschreiben, dass der Reichstag im Jahre

1917 die berühmte Friedens-Resolution verabschiedete, die aber von der Reichsregierung fast verächtlich ignoriert wurde. Ohne demokratische Orientierung bewährte sich der damalige Rechtsstaat nicht. Die Mitglieder der Friedensbewegung wurden den vielfältigsten Einschränkungen und Kontrollen unterworfen. Auch nach dem Versailler Frieden, den er für verhängnisvoll hielt, setzte Quidde sich weiter für internationale Verständigung ein, was ihm dann schließlich im Jahre 1927 die Verleihung des Friedens-Nobel-Preises einbrachte. In Erinnerung gerufen sei im Übrigen, dass Quidde sogleich nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz fliehen musste, wo er in Genf Aufnahme fand. Die Jahre von 1933 bis 1941 waren von bitterer Armut geprägt. Den Lauf der Geschichte hatte er nicht aufhalten können. Aber er hat Zeichen gesetzt für ein anderes Deutschland, eines, das nicht von egomanischem Nationalismus verblendet war.

Es kann hier nicht darum gehen, den Lebensweg Quiddes nachzuzeichnen, der ja von Karl Holl in seiner Biographie genau und einfühlsam dargestellt worden ist. Die Figur des ersten deutschen Friedens-Nobel-Preisträgers erinnert daran, wie sehr es bei dem Kampf um Frieden und Gerechtigkeit auch auf den Einzelnen ankommt. Das Vertrauen kann man nicht allein in das politische System setzen. Die demokratische Legitimation wird heute gleichsam als das allein selig machende Kriterium für ein anerkanntes Gemeinwesen herausgehoben. Aber die demokratische Legitimation ist letzten Endes nichts anderes als die Herrschaft der Mehrheit: diese muss jederzeit zumindest durch Kritik in Frage gestellt werden können. Die Mahnung zur Selbstüberprüfung gilt auch für unsere Gegenwart. Einigkeit in außenpolitischen Angelegenheiten wird als ein Grundaxiom der deutschen Außenpolitik betrachtet. Prinzipiell ist daran nichts auszusetzen. Aber der politische Konsens darf uns nicht

davon abhalten, stets genau hinzusehen und uns gerade in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik Rechenschaft darüber abzulegen, ob wirklich die richtigen Bahnen eingeschlagen worden sind. Von Dogmen außer dem einen: Erhaltung von Frieden und Gerechtigkeit, darf man sich nicht leiten lassen.

Quiddes rastloses Eintreten für den Frieden in Europa während der wilhelminischen Epoche, in der Kaiserzeit und später während der Weimarer Jahre ist ein einmaliges Zeugnis von politischer Weitsicht, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft. Ihm hat die Nachwelt keine Kränze geflochten, selbst die Verleihung des Friedens-Nobel-Preises geriet in Vergessenheit. Glücklicherweise gelingt es heute der Ludwig-Quidde-Stiftung, sein Lebenswerk wieder in Erinnerung zu rufen. Ich fühle mich besonders geehrt und ausgezeichnet, als erster den von der Stiftung geschaffenen Preis in Empfang zu nehmen. Es sind nur bescheidene Verdienste, die ich vorzuweisen vermag. Zwanzig Jahre lang habe ich in unterschiedlichen Gremien der UN mitgewirkt, zuerst als Mitglied des Menschenrechtsausschusses, später im Rahmen der Völkerrechtskommission, wo der erste Entwurf für das Statut eines Internationalen Strafgerichtshofs erarbeitet wurde, und noch vor zwei Jahren als Vorsitzender eines Expertenausschusses zu den Nachwirkungen des Goldstone-Berichts über den Gaza-Krieg. Seit meinem Wechsel nach Berlin habe ich im Kreise der Herausgeber die Zeitschrift „Die Friedens-Warte“ mitgestaltet, in der die Tradition der deutschen Friedensbewegung fortlebt. Als den Höhepunkt meiner Bemühungen möchte ich selbst meine Tätigkeit in Guatemala hervorheben, zunächst als Berichterstatter für die UN-Menschenrechtskommission, später als Koordinator der Nationalen Wahrheitskommission in dem Lande. Auch dort hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass auf der einen Seite das Regierungssystem auf de-

mokratische und rechtsstaatliche Grundlage gestellt wird, dass aber auf der anderen Seite ein solches Unternehmen nur glücken kann durch die Initiative und mit der Unterstützung mutiger Bürger, die selbst den Einsatz des eigenen Lebens nicht scheuen.

Infolge der Globalisierung gibt es keine geschützten Sicherheitszonen mehr. Ereignisse in weit entfernten Regionen können mit großer Wucht auch uns treffen. So werden die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens drängender, gleichzeitig aber auch unendlich schwieriger als etwa vor einhundert Jahren am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Stärker als je ist das Engagement der Bundesrepublik in der Weltpolitik gefordert, aber wir sollten eben nicht aus dem Blick verlieren, dass eine Verantwortung auch jedem Einzelnen von uns obliegt. Blicken wir dennoch optimistisch in die Zukunft, indem wir wie Sisyphos das Menschenmögliche tun!